

---

**104/E/XXIII.GP**

---

# **EntschlieÙung**

## **des Nationalrates vom 25.9.2008**

### **betreffend die Neuorientierung der österreicherischen EU-Politik**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu setzen, um sicher zu stellen, dass zukünftige wesentliche Änderungen der Verträge über die Europäische Union und über die Arbeitsweise der Europäischen Union, die die österreicherischen Interessen betühren, durch eine Volksabstimmung in Österreich entschieden werden sollen. Das gilt auch für den Fall der Ratifizierung eines geänderten Vertrages von Lissabon und insbesondere auch für einen möglichen Beitritt der Türkei zur EU.